

Klamme Städte fordern „kommunalen Rettungsschirm“

„Die Kommunen sind die Basis der Demokratie. Wir müssen deshalb alles tun, um sie finanziell angemessen auszustatten!“
Klare Worte von Vizekanzler Sigmar Gabriel bei einem Treffen mit dem **Landrat des Kreises Unna, Michael Makiolla**, in Berlin.

Der Verwaltungschef war gemeinsam mit dem Lünen Ersten Beigeordneten Horst Müller-Bass und anderen Akteuren des **Aktionsbündnisses „Raus aus den Schulden – Für die Würde unserer Städte“** in die Bundeshauptstadt gereist, um in Gesprächen mit Spitzenpolitikern aller Fraktionen eine Neuordnung des kommunalen Finanzsystems und damit die **Wiedererlangung kommunalpolitischer Handlungsfähigkeit** einzufordern.



Landrat Michael Makiolla (1. Reihe, 6. v. li.) und andere Bündnismitglieder beim Treffen mit Volker Kauder, dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. (Foto: Walter Schernstein/Stadt Mülheim)

Sigmar Gabriel, als Vizekanzler und Bundeswirtschaftsminister durchaus ein politisches Schwergewicht im Merkel-Kabinett, versprach bei dem Treffen, sich gegenüber dem Koalitionspartner CDU/CSU dafür einzusetzen, **dass die Kommunen ab 2017 durch eine größere Bundesbeteiligung an den Kosten der Eingliederungshilfe für Behinderte um drei Milliarden Euro pro Jahr entlastet werden. Ab 2018 soll die jährliche Entlastung auf fünf Milliarden Euro erhöht werden.**

Das Aktionsbündnis begründet seine Forderung nach mehr Finanzgerechtigkeit mit einer Vielzahl von Gesetzen, die in der Vergangenheit oft **ohne ausreichende Gegenfinanzierung auf**

Kosten der Kommunen erlassen wurden. Dadurch sei die **Schere zwischen finanziell nach wie vor gut gepolsterten und ohnehin strukturschwachen Kommunen** immer weiter auseinander gegangen.

„Es kann nicht sein, dass wir uns für die ‚schwarze Null‘ von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble krumm machen müssen und selbst ‚finanzielle Kellerkinder‘ bleiben“, unterstreicht Landrat Makiolla mit Blick auf den zu **60 Prozent durch Sozialleistungen geprägten Kreishaushalt**.

Das Aktionsbündnis fordert deshalb nicht nur im Bundestag, sondern auch im Bundesrat eine Debatte über mehr Finanzgerechtigkeit und einen **„kommunalen Rettungsschirm“ für klamme Kommunen**.